

Betriebsrat Hemmer
Besuch aus Rheinhausen

der Konzern oder andere Geldgeber entschuldeten die Hütte.

„Zusammen“, appelliert der Manager an die Bremer, „können wir eine Lösung finden.“ Doch die Belegschaft vertraut ihm nicht; die Stahlkocher fühlen sich hingehalten. „Großmann“, sagt ein Arbeiter, „steht für Duisburg und nicht für Bremen.“

Mitte Januar will der Vorstand in Duisburg mit dem Nachdenken so weit sein, daß er den Arbeitnehmern Konkreteres über die Zukunft ihrer Stahlhütte sagen kann. „Mit einem Federstrich unter einen Vertrag“, droht der Betriebsrat, „werden die das Problem nicht loswerden.“

Hemmer kennt die verödeten Industrieregionen im Norden Englands, die Bilder wird der Betriebsrat nie vergessen. „Da könnte ich mir angucken, wie es aussieht, wenn eine Region kollabiert“, sagt er. „Da gibt es nur noch die Glotze und die Kneipe.“

Die hochspezialisierten Stahlarbeiter von der Weser haben im Raum Bremen kaum Chancen auf neue Jobs. Sie wollen, vom Direktor bis zum Schmelzer, geschlossen um den Erhalt der kompletten Hütte kämpfen.

Kollegen vom Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen waren schon da, um Mut zu machen. Als Geschenk überreichten sie den Bremern den eisernen Kokskorb, der während des 160 Tage dauernden Kampfes um das Rheinhausener Werk gebrannt hat.

„Wir haben denen versprochen“, sagt Hemmer, „daß wir das Feuer nicht ausmachen, bevor der Kampf um unsere Hütte beendet ist.“

Kernenergie

Geordnetes Auslaufen

Die Atomindustrie leitet den Rückzug aus der Kernenergie ein. Das eigene Lager ist entsetzt.

Helmut Kohl konnte es noch nie leiden, wenn Atommanager mit SPD-Landesfürsten kungelten. Durch solche Mauseheleien, beschimpfte er die Manager stets, machten sie es ihm schwer, auf Pro-Atom-Kurs zu bleiben.

Am 2. Oktober war alles ganz anders. Zum Schluß einer Sitzung mit den Mächtigen der Branche ermunterte Helmut Kohl die Strommanager ausdrücklich, im Kontakt mit Sozialdemokraten und Grünen nach einer überparteilichen Energie-Übereinkunft zu fahnden.

Nuklear-Betonköpfe wie Jochen Holzer, Bayernwerk, oder Hermann Krämer, PreussenElektra, strebten verwirrt nach Hause. Ratlos aber war auch Umweltminister Klaus Töpfer.

Nur ein Mann im Bonner Bungalow, der RWE-Vorsitzende Friedhelm Gieseke, wußte den Kanzler zu deuten. Er kannte als einziger ein Drei-Seiten-Papier, das Hermann Rappe, Chef der IG Chemie und dem Kanzler als konservativer Gewerkschafter lieb und wert, wenige Tage vorher im Kanzleramt abgegeben hatte – er selbst hatte es mitverfaßt.

Rappe weihte den Kanzler ein, hinter dem Konsensentwurf ständen mit Gieseke und Veba-Chef Klaus Piltz die mächtigsten Männer der Strombranche. Mit von der Partie sei auch Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD): Der mache keinen Alleingang, er habe das Mandat des Vorsitzenden Björn Engholm und aller „maßgeblichen“ SPD-Größen.

Die kargen drei Seiten leiten eine neue, dramatische Wende in der deutschen Energiepolitik ein. Die Botschaft: Die Stromkonzerne wollen Sicherheit für die bestehenden Atommeiler; neue aber wollen sie nur bauen, wenn sie vom

Gesetzgeber mit einer verfassungsändernden Mehrheit ausdrücklich dazu aufgefordert würden. Das wäre, bleibt die SPD bei ihrem Nein zur Kernkraft, der Anfang vom Ende der Kernenergie.

Zwei weitere Investitionsruinen werden dann am Weg der Atomindustrie stehen. So werden

- ▷ das Endlager für abgebrannte Brennelemente in Gorleben (bisherige Kosten: eine Milliarde Mark) und
- ▷ die Fabrik zur Fertigung von Plutonium-Brennelementen (bisherige Kosten: ebenfalls eine Milliarde Mark) nicht vollendet.

Das ist zusammen mit dem Brüter in Kalkar (10 Milliarden), dem Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop (4,7 Milliarden) und der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf (3,3 Milliarden) eine stolze Strecke.

Was Rappe beim Kanzler abgeliefert hatte, trägt nicht nur Giesekes Handschrift. Angestoßen hatte die Konsenssuche bereits im April Veba-Chef Piltz. Dessen Vorgänger Rudolf von Bennigsen-Foerder hatte 1989 in einer ersten Frontbegradigung die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf geopfert.

Die beiden Strommanager verhandelten zwischen April und Oktober in aller Stille mit Schröder. Das Ergebnis liegt dem Kanzler jetzt offiziell vor.

Am 23. November stellten Gieseke und Piltz sich auf Wunsch Kohls mit einem Brief demonstrativ hinter das Konzept, das sie als „geordnetes Auslaufen



Atommanager Piltz, Gieseke
Zugeständnisse an die Sozialdemokraten

der heute genutzten Kernkraftwerke“ gedeutet wissen wollen. In ihrem Eifer, die Reizvokabel „Ausstieg“ zu vermeiden, entging den Stromherren die fatale Doppeldeutigkeit des Wortes „auslaufen“ im Zusammenhang mit Atomkraftwerken.

Der Kompromißvorschlag mit so gewichtigen Unterschriften aus Wirtschaft und Politik ist schon jetzt mehr als eine unverbindliche Empfehlung, er schafft Fakten. „Dahinter kann keiner mehr zurück“, akzeptiert ein hoher Umweltbeamter widerwillig die neue Lage.

Oberstes Ziel der Industrie ist seit langem, ihre Investitionen zu sichern und die vorhandenen Kernkraftwerke wirtschaftlich ungestört ausbeuten zu können. „Jedes Atomkraftwerk wird nach x Jahren reiner Laufzeit stillgelegt“, heißt es in dem Konsenspapier. Gedacht ist an eine Lebensdauer von 40 Jahren, die aber einvernehmlich bei älteren, überholten Typen auf 25 Jahre verkürzt werden kann.

Ausstieg heißt also, allmähliches Absterben der Atomreaktoren von 1996 oder 1998 an. Ausstieg heißt aber auch: Weiterbetrieb vieler Kraftwerke noch über Jahrzehnte. Das paßt nicht zusammen mit dem geltenden SPD-Ausstiegskonzept, wonach das Ende der Atomkraft innerhalb eines Jahrzehnts kommen soll; und es verträgt sich schon gar nicht mit radikalen Ausstiegsszenarien der Grünen.

Neue Kernkraftwerke allerdings dürfen die Stromproduzenten nach dem Vorschlag um das Konsenspapier nicht mehr bauen. „Ein erneuter Einstieg in die Kernenergienutzung in der Bundesrepublik ... bedarf einer breiten politischen Mehrheit (z. B. mindestens einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages)“, heißt es in dem Entwurf.

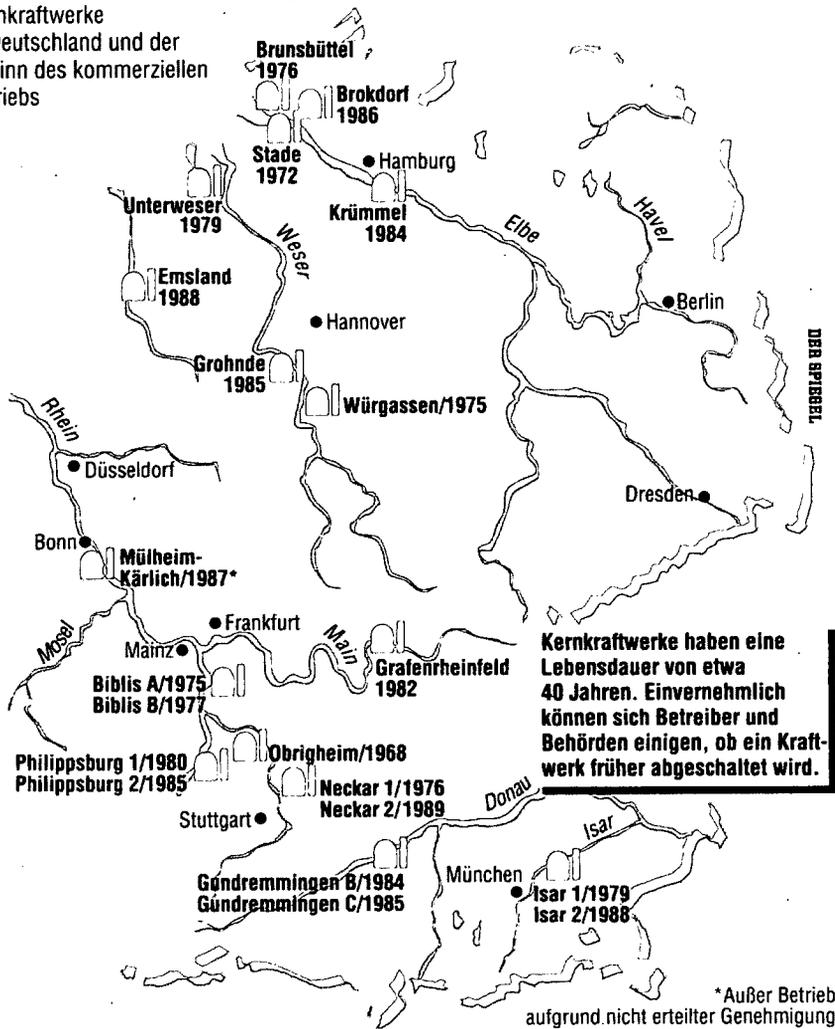
Das soll ein Bonbon für Schröder und die SPD sein: Der Wiedereinstieg mit möglicherweise sichereren Reaktoren wird zwar nicht völlig ausgeschlossen, kann aber nur mit Zustimmung der Sozialdemokraten stattfinden. Schröder: „Ich will meinen Töchtern nicht heute schon vorschreiben, welche Energie ihre Generation einmal nutzen will.“

Stillgelegt werden kann ein Kraftwerk nach dem neuen Konzept jedoch nur dann, wenn die entsprechende Energieleistung „alternativ verfügbar“ gemacht wird, das heißt: ein Kohle- oder Gaskraftwerk ans Netz geht. Dies ist der heikle Punkt des Konzepts, der Sozialdemokraten und Grünen zu schaffen machen wird.

Spätestens in fünf Jahren werden Entscheidungen über Neubauten fällig. Entweder wird bis dahin massiv Energie eingespart – oder die Politiker müssen entscheiden, was sie haben wollen: Kohlekraftwerke oder Kernkraftwerke neuer Art.

EINSTIEG IN DEN AUSSTIEG

Kernkraftwerke in Deutschland und der Beginn des kommerziellen Betriebs



Der Bau von Kohlekraftwerken aber ist mit dem Ziel, die Emission des Ozonkillers CO₂ drastisch zu vermindern, nicht zu vereinbaren. Sowohl bei Schröder als auch bei Hessens grünem Umweltminister Joschka Fischer ist jetzt schon die Neigung zu sehen, das Ozonziel befristet zu vernachlässigen.

Der Machtpolitiker Schröder hat der Industrie gewichtige Zugeständnisse abgehandelt. De facto verzichtet die Atombranche auf die Fertigstellung des Endlagers für abgebrannte Brennelemente im Gorlebener Salz.

Im Konsenspapier heißt es: „Unter Beachtung internationaler Entwicklungen, ggf. in internationaler Kooperation, werden anstelle des Standort Gorleben für ein Endlager für stark wärmeentwickelnde Abfälle alternative Standorte und alternative Endlagerformationen zu Salz untersucht.“

Die Industrie schwenkt also um, durchaus im eigenen Interesse, auf lange Jahrzehnte der Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente. Bis zum Jahr 2030 soll dann ein internationales Endlager gefunden sein.

Möglich ist das alles nur, wenn die Zwischenlager in Behältern auch rechtlich als Entsorgungsnachweis für Kernkraftwerke genehmigt werden. Dafür soll Töpfer sorgen. Zusätzlich werden neue Zwischenlager gebraucht.

Die Stromkonzerne sind heimlich dazu übergegangen, vorsorglich die Kapazität der vorhandenen Lager zu verdoppeln, ohne dafür neue Flächen zu benötigen: Sie lassen sich Behälter genehmigen, die doppelt so viele Brennelemente fassen können wie die jetzt gebräuchlichen.

Ein weiteres Entgegenkommen der Atommanager an die Kernenergieskeptiker liegt ebenfalls in ihrem eigenen Interesse: Die Wiederaufarbeitung der Brennelemente, die Abtrennung des hochgiftigen Plutoniums und dessen Wiederverwertung in besonders gefertigten „MOX“-Brennelementen ist nicht mehr notwendig. Das ist das Ende der gefährlichen Plutonium-Wirtschaft – egal, was sonst noch aus der Kernenergie wird.

Die Verträge mit der französischen Wiederaufarbeitungsfirma Cogéma in

Wo finden Sie
alles für
Apple Macintosh?



Hier.

Jetzt erhalten Sie den druckfrischen
Pandasoft-Katalog im gutsortierten Zeit-
schriftenhandel oder direkt bei



pandasoft

Dr.-Ing. Eden GmbH

Uhlandstraße 195 • 1000 Berlin 12

Tel. (0 30) 31 59 13-0 • Fax (0 30) 31 59 13-55

Künstleruhren in weltweit limitierter Auflage

- No. 1 Mel Ramos DM 150,-
- No. 2 Jiri Dokoupil DM 260,-
- No. 3 A.R. Penck DM 125,-
- No. 4 Immendorff DM 155,-
- No. 5 Hundertwasser DM 158,-
- No. 6 Allen Jones DM 175,-
- No. 7 Otmar Alt DM 180,-
- No. 8 Jeff Koons DM 250,-
- No. 9 Vasarely DM 480,-
- und...

z.B.
artwatch No.3
A.R. Penck
„AnimalWatch“
DM 125,-



Fordern
Sie jetzt
den Gratis-Katalog
„artwatch 92/93“ an.
Oder bestellen Sie gleich.

An Grafik-Verlag GmbH, Friedrichstraße 8
6000 Frankfurt 1, (069) 723949, Fax 172799

Bitte Gratis-Katalog Bitte Uhr No. _____

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

WIRTSCHAFT



Atomlager Gorleben: Die Industrie sucht Alternativen

La Hague laufen jedoch noch bis zum Jahre 1999. Keiner möchte vertragsbrüchig werden. Bundesregierung und Energieversorger wollen jedoch prüfen, ob ein Ende „früher als vertraglich vorgesehen möglich ist“. Die Stromkonzerne bieten gar „Kompensation“ an.

Das ist so überraschend nicht. Die direkte Endlagerung der Brennelemente ohne Wiederaufarbeitung ist erheblich billiger. Die Energieunternehmen wissen schon jetzt kaum, wohin sie mit dem gefährlichen Plutonium sollen. In Hanau blockiert Fischer die fast fertige Plutonium-Fabrik.

Müssen die Altverträge erfüllt werden, sammeln sich in den hessischen Bunkern über 30 Tonnen des gefährlichen, wertlosen Bombenstoffes. Jede Tonne weniger ist bares Geld für die Unternehmen. Weil sie sowieso aus der Wiederaufarbeitung rauswollen, haben sie auch längst das Interesse an der Monat für Monat 15 Millionen Mark teurer werdenden Fabrik für Brennelemente verloren.

Die Stromkonzerne sind bereit, das Investment von einer Milliarde Mark abzuschreiben und das unvermeidliche Rest-Plutonium im belgischen Nuklear-Dorf Dessel oder in England unschädlich zu machen. „Der Weiterbau und die Inbetriebnahme einer neuen MOX-Brennelemente-Fabrik in Deutschland“, heißt es dazu knapp im Konsenspapier, „erübrigen sich.“

Noch in der vergangenen Woche wütete die Nuklear-Lobby gegen die „bewußten Verzögerungen“ beim Bau der nun überflüssigen Brennelemente-Fabrik.

Der Vorstoß Schröders und der beiden Konzernchefs wirbelt alle Nuklear-Blöcke durcheinander. CDU-Fraktionsgeschäftsführer Jürgen Rüttgers polemisierte in der vergangenen Woche noch, der Glaube an einen Energiekonsens sei „ein Wunschtraum“, man müsse mit der vorhandenen Mehrheit entscheiden.

Die Atomfans in der Union fühlen sich genauso verladen wie die Illusionäre in der SPD, die wirklich an einen Ausstieg binnen eines Jahrzehnts geglaubt haben.

Schröder, Gieseke und Piltz sind auf Querschüsse aus dem jeweils eigenen Lager vorbereitet. Doch der Sozialdemokrat hat sich bei Genossen und bei seinem Koalitionspartner rückversichert. Auch Joschka Fischer war informiert.

Eine Attacke auf ihre Glaubwürdigkeit konnten Gieseke und Piltz gerade noch unterbinden. Vorstandskollegen von Veba und RWE verhandelten mit dem Bayernwerk über eine Beteiligung an einem Kernkraftwerk in Frankreich – zur selben Zeit, da ihre Chefs zusagten, neue Atommeiler in Deutschland, wenn überhaupt, nur mit Genehmigung durch eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages zu bauen.